



aktiv für Sie

A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, Postfach 534

Bundeskammer
für Arbeiter und AngestelltePräsidium des Nationalrates
Dr-Karl-Renner-Ring 3
1010 Wien

Prinz-Eugen-Straße 20-22

A-1041 Wien, Postfach 534

☎ (0222) 50165

Betrifft GESETZENTWURF	
Zi.13.....	-GE/19 P3
Datum: 28. APR. 1993	
Verteilt 30. April 1993	

Dr. Kogler

Ihr Zeichen

-

Unser Zeichen

AM-ZB-1411

Bearbeiter/in

Wallner

☎ DW 2555

FAX 2230

Datum

26.04.1993

Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeitsmarktförderungsgesetz, das Arbeitsverfassungsgesetz, das Ausländerbeschäftigungsgesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 und das Sonderunterstützungsgesetz geändert werden (Beschäftigungssicherungsnovelle 1993)

Die Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte übersendet 25 Exemplare ihrer Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf zur gefälligen Information.

Der Präsident:

Heinz Vogler

Mag Heinz Vogler



Der Direktor:

iA
Karl Dirschnied

Mag Karl Dirschnied

Beilagen

Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte**A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, Postfach 534 ☎ (0222) 501 65***aktiv für Sie**A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, Postfach 534*

Bundesministerium für
Arbeit und Soziales
Stubenring 1
1010 Wien

*Ihr Zeichen***34.401/2-3a/93***Unser Zeichen***AM/Wa/Jel/
1411***Bearbeiter/in***Wallner****☎ DW 2555****FAX 2230***Datum***15.04.93***Betreff:*

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeitsmarktförderungsgesetz, das Arbeitsverfassungsgesetz, das Ausländerbeschäftigungsgesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 und das Sonderunterstützungsgesetz geändert werden (Beschäftigungssicherungs novelle 1993)

Die Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte (Bundesarbeitskammer) erlaubt sich, zum oa Gesetzesentwurf wie folgt Stellung zu nehmen.

Nachdem wesentliche Teile des vorliegenden Entwurfes bereits im Herbst 1992 Gegenstand des Begutachtungsverfahrens waren und der Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes in Artikel IV des vorliegenden Entwurfes eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen zugrunde liegt, dürfen die grundsätzlichen Positionen der Bundesarbeitskammer bereits als bekannt vorausgesetzt werden.

Die Bundesarbeitskammer legt jedenfalls entsprechend ihrer Forderung nach einem Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation älterer Arbeitnehmer nach-

drücklich Wert auf eine Umsetzung des vorliegenden Gesetzesentwurfes mit 1.7.1993, wobei im Einzelnen jedoch auf folgende erforderliche Korrekturen hingewiesen wird.

Art I Z 1 (§16 AMFG)

Die ausdrückliche Aufnahme des Alters als vermittlungerschwerendes Kriterium wird im Sinne der Gesetzesintention begrüßt. Warum allerdings das im geltenden Recht und noch im Herbstentwurf enthaltene Kriterium der vorzeitigen Auflösung eines Lehrverhältnisses entfallen soll, ist nicht einsichtig. Der vorzeitige Abbruch eines Lehrverhältnisses mag quantitativ von geringerer Bedeutung sein, im konkreten Einzelfall kann dadurch aber sehr wohl ein besonderer Förderungsbedarf ausgelöst werden. Es sollte daher allenfalls die im geltenden Recht enthaltene einschränkende Wortfolge "ohne eigenes Verschulden" entfallen, nicht aber das Kriterium der vorzeitigen Auflösung des Lehrverhältnisses an sich.

Art I Z 2 (§29 Abs 2 lit a AMFG)

Ausdrücklich begrüßt wird die Ausdehnung der Verpflichtung zur Aufrechterhaltung des Beschäftigtenstandes auch auf einen der Förderungsdauer entsprechenden Zeitraum nach der Kurzarbeit.

Allerdings wird aufgrund praktischer Erfahrungen darauf aufmerksam gemacht, daß auch die jetzt gewählte Formulierung nicht ausreicht, arbeitsmarktpolitisch unerwünschte Austauschkündigungen (bei Aufrechterhaltung des Beschäftigtenstandes) auszuschließen. Außerdem kann die Sinnhaftigkeit einer Ausnahme von dieser Regel nicht vom Arbeitsamt allein, sondern nur von diesem im Einvernehmen mit den Interessenvertretungen, die im konkreten Fall die Kurzarbeitsvereinbarung abgeschlossen haben, beurteilt werden. Es sollte daher heißen "... wird der Beschäftigtenstand aufrechterhalten und können **Kündigungen durch den Arbeitgeber nicht rechtswirksam ausgesprochen werden**, es sei denn, daß das Arbeitsamt **im Einvernehmen mit den Vertragsparteien, die im Sinne des Abs 1 lit c die Kurzarbeitsvereinbarung** abgeschlossen haben, eine Ausnahme bewilligt".

Art I Z 3-5 (§ 45a AMFG)

Die Ausdehnung des Frühwarnsystems wird als vorbeugende Maßnahme von der Bundesarbeitskammer als sehr wesentlich erachtet, wenngleich die Vorstellungen der Bundesarbeitskammer weitergehend sind. Es darf in diesem Zusammenhang auf die Darstellung in unserer Stellungnahme vom 5.11.1992 zum Entwurf eines Beschäftigungssicherungsgesetzes 1992 verwiesen werden.

Art II (§§ 105 und 109 ArbVG)

Im vorliegenden Entwurf sind - im Unterschied zum Entwurf des Beschäftigungssicherungsgesetzes 1992 - die Änderungen zum § 109 ArbVG (Einfügung einer neugeschaffenen Ziffer 1a bzw eines Abs 1a und Anfügung eines neuen Abs 4) nicht mehr enthalten. Nachdem diese wesentlichen Bestimmungen aber im derzeit ebenfalls in Begutachtung stehenden Entwurf einer Novelle des ArbVG (und des AÜG) enthalten sind, ist dieser Vorgangsweise aus systematischen Gründen zuzustimmen.

Die vorgesehene Erweiterung des § 105, wonach die Anfechtbarkeit einer Kündigung, die infolge des höheren Lebensalters eines Arbeitnehmers ausgesprochen wurde, ermöglicht werden soll, ist nach Ansicht der Bundesarbeitskammer nicht weitgehend und präzise genug gefaßt. Um Wiederholungen zu vermeiden, wird in diesem Zusammenhang auf die sehr ausführliche Darstellung in der Stellungnahme der Bundesarbeitskammer vom 5.11.1992 (Seite 4-6) verwiesen.

Artikel IV Z 4 (§ 36 Abs 3 lit B sublit b-neu)

Die Bundesarbeitskammer verweist mit Nachdruck darauf, daß die hier gewählte Formulierung über die Freibetragserhöhung um 200% nicht der ursprünglichen Vereinbarung, die ja auf einem von der Bundesarbeitskammer eingebrachten Vorschlag beruht, entspricht. Dieser zufolge hat die in der sublitera b-neu, zweiter Satz, enthaltene Anspruchsvoraussetzung, wonach der Arbeitslose **nach** dem 55. Lebensjahr **neuerlich** einen Anspruch auf Arbeitslosengeld in der Dauer von 52 Wochen ausschöpfen muß, zu entfallen.

Außerdem wird auf folgenden Umstand hingewiesen. Die im Entwurf vorgesehene Form der Einschaltung des Vermittlungsausschusses wird vor allem bei großen Arbeitsämtern, wie etwa in Wien, zu erheblichen administrativen Problemen führen. Es wäre daher schon aus diesem Grund zweckmäßig, dem Vermittlungsausschuß die Möglichkeit einzuräumen, auf Basis der Arbeitsmarktlage pauschal für ein Geschäftsjahr das Vorliegen der arbeitsmarktlichen Voraussetzungen für die Freigrenzenerhöhung zu beurteilen. Dies wäre auch deshalb sachlich naheliegend, weil die Hauptursache für die schwere Vermittelbarkeit Älterer Arbeitnehmer genereller Art und keine Einzelfallprobleme sind. Lediglich in speziellen Einzelfällen, die vom Ausschuß festzulegen wären, (zB bei wiederholter Ablehnung einer zumutbaren Beschäftigung) wäre der einzelne Zuerkennungs- bzw Verlängerungsantrag im Vermittlungsausschuß zu behandeln.

Durch diese Vorgangsweise würde eine tatsächlich inhaltliche Diskussion in den Ausschüssen ermöglicht, die andernfalls bei Vorlage von hunderten Fällen wohl nicht stattfinden kann.

Art IV Z 7 (§ 80 und 81 AIVG)


Um Auslegungsschwierigkeiten zu verhindern, sollte wenigstens in den Erläuternden Bemerkungen zu § 80 Abs 1 und 2 jeweils vorletzter und letzter Satz ausdrücklich klar gestellt werden, daß mit dieser Formulierung alle Fälle (auch § 46 Abs 3 Z 3, wo Anspruchsbeginn und Geltendmachung zumindest sprachlich auseinanderfallen) eingefangen werden sollen, in denen ein Anspruch bis spätestens 30.6.1993 (bzw 31.12.1995) entstanden ist, geruht hat oder nur deshalb nicht entstanden ist, weil er infolge des Ruhens erst nach dem 30.6.1993 (bzw 31.12.1995) geltend gemacht wurde.

Zum Übergangsrecht des § 81 stellt die Bundesarbeitskammer ausdrücklich fest, daß die hier gewählte Übergangsfrist bis 1.7.1993 für sie eine wesentliche Bedingung für die Zustimmung zu diesem Gesetz ist. Es muß daher die Realisierung des Übergangsrechts in der vorgesehenen Form sichergestellt sein, um Eingriffe in bestehende Ansprüche auszuschließen.

Sicherheitshalber könnte in § 81 auch klagestellt werden, daß die vorgesehenen Änderungen der Bestimmungen über die Arbeitsstiftung nicht für die bisher anerkannten Arbeitsstiftungen gelten.

Abschließend wird zu den Änderungen im AIVG noch an folgende paktierte Bedingung erinnert. Die Bundesarbeitskammer hat in jeder Phase der Verhandlungen zum Ausdruck gebracht, daß für sie im Bereich der Vermittlung die Beratung, Förderung und Betreuung anstelle der Sanktionierung von schwer vermittelbaren Arbeitslosen im Vordergrund steht. Für die Bundesarbeitskammer ist es daher unerlässlich, daß insbesondere für Ältere Arbeitnehmer ab dem 50. Lebensjahr in Unterstützung der hier diskutierten legislativen Maßnahmen des Pakets für Ältere Arbeitnehmer auch Durchführungsrichtlinien an die Arbeitsämter ergehen, die eine im obenangeführten Sinn verbesserte Betreuung Älterer Arbeitnehmer sicherstellt.

Der Präsident:



Mag Heinz Vogler

Der Direktor:

i.V.



Dr Bernhard SCHWARZ

